

Solidarität mit den Mördern

Vor 70 Jahren vollstrecken die Amerikaner in Landsberg am Lech die letzten Todesurteile gegen NS-Verbrecher – und lösen damit eine bizarre Gegenbewegung aus

VON ALEXANDRA FÖDERL-SCHMID

Der Bericht in der *Süddeutschen Zeitung* vom 8. Juni 1951 beginnt ganz nüchtern: „Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy und der amerikanische Oberkommandierende in Europa, General Handy, bestätigten am Donnerstag gemeinsam, daß die Todesurteile an den sieben Landsberger Häftlingen in der Nacht zum Donnerstag zwischen 1 Uhr und 2.30 Uhr durch Erhängen vollzogen wurden. In der Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß damit die letzten Hinrichtungen für die während des Krieges von Deutschen begangenen Verbrechen in Landsberg erfolgt sind.“

Dann wird beschrieben, dass die Hinrichtungen „in alphabetischer Reihenfolge“ vollzogen wurden an jenem Galgen, der im Keller des Landsberger Gefängnisses aufgebaut war. So wurde als erster der ehemalige SS-Standartenführer Paul Blobel dorthin geführt. Ihm folgten im Abstand von jeweils zwanzig Minuten der frühere SS-Standartenführer Werner Braune, der frühere SS-Oberführer Erich Naumann, der ehemalige SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, der ehemalige SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, Rapportführer Georg Schallermaier und der frühere Adjutant im Konzentrationslager Buchenwald, Hans Schmidt.

Unter den sieben Delinquenten waren Pohl und Ohlendorf die bekanntesten Kriegsverbrecher: Pohl wurde für die Zerstörung des Warschauer Ghettos und die Tötung von mehr als 50 000 Juden zur Verantwortung gezogen, Ohlendorf als Befehlshaber einer SS-Einsatzgruppe D für die Ermordung von 90 000 Menschen.

In den *Landsberger Nachrichten* klang es allerdings, als seien Märtyrer einer guten Sache gehängt worden. Die Zeitung schrieb, in seinen letzten Minuten war Ohlendorf „unverändert fest und unerschütterlich wie immer. Er bleibe im Tod derselbe, der er immer im Leben war. Es erfüllte ihn zwar mit großer Trauer, was werden soll, wenn die Gerechtigkeit im Westen so aussieht.“ Auch die anderen hätten ihre „innere Bitterkeit“ zum Ausdruck gebracht, „dass Bemühungen, eine Begnadigung zu erwirken, gescheitert“ seien, berichtete das Blatt.

CDU und CSU behaupten, die Hinrichtung der SS-Täter gefährde „den Völkerfrieden“

Die Bundesregierung beeilte sich, durch Justizminister Thomas Dehler zu versichern, dass sie „alles rechtlich Mögliche für die Häftlinge getan habe und keinen Weg mehr sehe, ihre Bedenken in der Öffentlichkeit erneut darzulegen“. Vizekanzler Franz Blücher gab in seiner Eigenschaft als FDP-Vorsitzender seiner „Befürchtung Ausdruck, daß die Vollstreckung eines Todesurteils zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes, das die Todesstrafe nicht mehr kennt, ernste Verwirrungen auslösen müsse“.

Es waren tatsächlich die allerletzten Todesurteile, die in Deutschland vollstreckt wurden. Denn zwei Jahre davor war nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 im Grundgesetz in Artikel 102 schlicht in einem Satz festgehalten worden: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“ Insbesondere CDU und CSU schäumten. Laut einer Mitteilung durch ihren Pressedienst sah man durch die Vollstreckung der Urteile nicht weniger als „den Völkerfrieden“ gefährdet. „Schuld? Sühne? Es wird vieler Mühe bedürfen, die schweren psychologischen Belastungen auszuräumen, die Landsberg

nicht nur auf deutsche Menschen gelegt hat.“

In der Bundesrepublik herrschte damals eine aufgeheizte Stimmung, die sich klar gegen die Alliierten, die Siegermächte richtete. Diese hatten in den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg und den zwölf Nachfolgeprozessen über die noch lebenden Haupttäter des mörderischen Regimes gerichtet. Bei einer Demonstration auf dem Marktplatz in Landsberg am Lech am 7. Januar 1951 entlud sich der Volkszorn. Fast 4000 Menschen waren gekommen. „Es war tatsächlich ein Querschnitt der Bevölkerung an diesem Tag dabei, man nahm auch die Kinder mit. Aber es kamen auch Abgeordnete aus dem Landtag“, sagt Manfred Deiler, der Leiter der Europäischen Holocaustgedenkstätte in Landsberg, der die Ereignisse von damals aufgearbeitet hat.

Der Politiker, der später als „Kopf-ab-Jaeger“ bekannt wird, schimpft auf die Todesurteile

Prominentester Redner war der CSU-Politiker Dr. Richard Jaeger. Der Jurist stellte infrage, ob „sich die Gewissheit der Schuld aus einem einwandfreien Gerichtsverfahren ergeben hat“. Die Todeskandidaten hätten ohnehin schon „mehr als einen Tod erlebt“, weil sie so lange in Landsberg einsaßen. Mit der Begründung, dass das Grundgesetz keine Todesstrafe kenne, plädierte er für eine Umwandlung in eine Freiheitsstrafe. „In ruhigen Zeiten mag man dann die Ergebnisse erneut überprüfen.“

Schon wenige Jahre später machte sich Jaeger als Bundesjustizminister einen Namen als flammender Befürworter einer Wiedereinführung der Todesstrafe. Der SPD-Politiker Herbert Wehner verpasste ihm daraufhin den Spitznamen „Kopf-ab-Jaeger“.

Was der Leiter der Landshuter Gedenkstätte besonders bemerkenswert findet: „Man hat für Massenmörder demonstriert und das als demokratische Bewegung verkauft mit Blick auf das Grundgesetz.“ Im Hintergrund, so Manfred Deiler, haben zur damaligen Zeit auch Planungen eine Rolle gespielt, dass Deutschland wieder Militärmacht innerhalb der Nato werden sollte. „Die weitverbreitete Meinung im Nachkriegsdeutschland war: Dann muss man auch die Kriegsverbrecher freilassen, die durch die Siegerjustiz verurteilt wurden. Wir sind wieder wer.“

Warum die Stimmung in Landsberg besonders aufgeladen war, versucht der Historiker Thomas Raithel zu erklären: „Es war das Gefühl da, unser Ruf wird beschädigt. Landsberg war das einzige amerikanische Kriegsverbrechergefängnis. Man hat als ungerecht empfunden, dass diese so schöne Stadt Landsberg so im Mittelpunkt steht.“

Das Landsberger Gefängnis hatte eine wechselvolle Zeit erlebt. Nach seiner Verurteilung wegen des gescheiterten Putsches vom 8./9. November 1923 wurde Adolf Hitler dort zur Verbüßung seiner Strafe eingewiesen. Die Festungshaft, die er am 1. April 1924 antrat, verbrachte er in einem separaten Gefängnisstrakt, er konnte zahlreiche Besucher empfangen und verfasste den ersten Band von „Mein Kampf“. Am 20. Dezember 1924 wurde Hitler auf Fürsprache des Leiters der Strafanstalt, Otto Leybold, auf Bewährung entlassen. Während der NS-Zeit wurde die „Hitlerzelle“ Nummer 7 zu einer Pilgerstätte.

Unweit jenes Ortes, wo Hitler seine Doktrin des Rassenwahns verfasste, wurde diese später zur schrecklichen Realität. In elf



Ein Herz für Kriegsverbrecher: Richard Jaeger (CSU) 1951 bei der Landsberger Demonstration gegen die Hinrichtung von sieben SS-Führern.

Konzentrationslagern des Komplexes Kaufering wurde die Arbeitskraft von 23 000 überwiegend jüdischen KZ-Häftlingen systematisch ausgebeutet, sie schufteten für die deutsche Rüstungsindustrie. Die Häftlinge selbst bezeichneten die Lager als „kalte Krematorien“, für sie war „Vernichtung durch Arbeit“ vorgesehen. 6500 Menschen, die die Plagen nicht überstanden, wurden in den Massengräbern um Kaufering und Landsberg verscharrt. Nur im ehemaligen Lager Kaufering VII, südwestlich von Landsberg, sind Bau- und Bodendenkmäler bis heute erhalten geblieben.

Im selben Gefängnis, in dem Hitler die Ideologien des Nationalsozialismus zu Papier brachte, errichteten die Amerikaner dann das Kriegsverbrechergefängnis Nr. 1. Bis zum 7. Juni 1951 richteten sie hier 252 Täter, unter ihnen auch Otto Ohlendorf, der 1941 aus der Sowjetunion an SS-Führer Heinrich Himmler und das Reichssicherheitshauptamt gemeldet hatte: „Arbeitsgebiete des Kommandos judenfrei gemacht.“

In seinem Buch „Die Strafanstalt Landsberg am Lech und der Spöttinger Friedhof (1944 – 1958)“ beleuchtet Raithel, der als Professor am Münchner Institut für Zeitgeschichte forscht, einen weithin unbekanntem Aspekt: dass auf dem Friedhof auch Opfer des NS-Regimes beerdigt sind. „In Landsberg saßen auch Leute ein, die aus politischen Gründen oder wegen kleinerer Delikte inhaftiert waren oder aus anderen Gefängnissen hierher verlegt wurden. Das ist ein Aspekt, der vergessen wird.“ Auf dem Gelände befindet sich heute die Justizvollzugsanstalt Landsberg.

Nach dem Krieg lebten in unmittelbarer Nähe des Gefängnisses und damit der Kriegsverbrecher auch mehrere Tausend heimatlos gewordene Juden: auf einem ehemaligen Kasernenareal in einem Lager für sogenannte „Displaced Persons“ (DP). Sie warteten auf ihre Ausreise in die USA oder in den 1948 gegründeten Staat Israel.

Zu ihnen hatten sich an jenem 7. Januar 1951 auch durchgesprochen, dass es eine Kundgebung für die Kriegsverbrecher geben sollte. Die DPs beschlossen zu handeln. „Sie haben dann für die Opfer des Nationalsozialismus demonstriert“, berichtet

Der Massenmörder: Otto Ohlendorf, der als Kommandeur der SS-Einsatzgruppe D Zehntausende Juden ermorden ließ, bei seinem Prozess in Nürnberg 1947.

FOTOS: ARCHIV MANFRED DEILER, EUROPÄISCHE HOLOCAUSTGEDENKSTÄTTE STIFTUNG, WIKIMEDIA COMMONS / UNITED STATES HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM / PUBLIC DOMAIN



Manfred Deiler. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen: „Da sind Begriffe gefallen wie ‚Juden raus!‘ oder ‚Geht doch nach Palästina!‘“

Diese Solidarität mit Landsberg und den dort einsitzenden Gefängnisinsassen sei eine „regelrechte Bewegung in Deutschland bis hin zum Bundespräsidenten Theodor Heuss“ gewesen, erklärt Raithel. Dass diese Solidarität im neuen demokratischen Deutschland Männern galt, die für den Holocaust, das schlimmste Verbrechen der Menschheit, mitverantwortlich waren, mutet heute skandalös an. Raithel erklärt es so: „Es waren Reste von Volksgemeinschaftsdenken vorhanden, ein diffuses Gefühl von Nationalsolidarität. Es saßen Deutsche im Gefängnis, die wurden Kriegsverurteilte genannt oder als Kriegsgefangene bezeichnet und in einen Topf geworfen mit denjenigen, die als wirkliche Kriegsgefangene in der Sowjetunion im Lager waren.“

Auch für Manfred Deiler ist diese Stimmung von damals „heute schwer vorstellbar“. Aber, so fügt er hinzu: „Der Krieg war erst sechs Jahre her.“ Auch für den Historiker Raithel lässt sich die damals vorherrschende öffentliche Meinung „kaum nachvollziehen“. Er warnt aber davor, aus heutiger Sicht „nur moralisch zu urteilen“. Die Kenntnis über den Holocaust und die massiven Verbrechen, die Einsatzgruppenverbrechen im Osten, sei damals vergleichsweise wenig verbreitet gewesen oder weiterhin verdrängt worden. „Man wusste: die Juden wurden verfolgt, man kannte die Reichskristallnacht. Aber das Thema Holocaust war merkwürdig blass.“ Für „die Landsberger“ setzten sich große Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein: „Man hat die Begnadigungskampagne am Leben gehalten, auf die Amerikaner schließlich reagiert haben.“

Drei Wochen nach der Demonstration in Landsberg begnadigten Oberkommissar McCloy und General Handy von den 28 Todeskandidaten 21. Die *Süddeutsche Zeitung* stellte die Frage: „Sind die späten, allzu späten Entscheidungen gerecht? Gerechtigkeit, das ist ein Ideal, dem wir uns bestenfalls mit gutem Willen anzunähern

vermögen.“ Können „noch irgend jemand dadurch Nutzen geschehen, daß man, sechs Jahre nach Kriegsende, den Henker noch einmal ins Brot setzt“? Immerhin wurde den Amerikanern „guter Wille“ attestiert, „vermeidbares Unrecht wirklich zu vermeiden“.

Es gab auch Gegenstimmen, gerade in der Presse. Im „Streiflicht“ der *Süddeutschen Zeitung* stand, der Vollzug der Urteile gegen die Massenmörder habe auch „ein gewisses Aufatmen“ erzeugt. Deutlich pointierter schrieb die neue *Hannoversche Presse* über die Hinrichtung Ohlendorfs: „Dieser Galgen war kein Kreuz auf Golgatha“, die Zeitung wandte sich scharf gegen Versuche, aus der Beisetzung des Mörders „eine nationale Kundgebung zu machen und das Leben und Sterben Ohlendorfs mit Christus zu vergleichen und als eine Osteroffenbarung zu glorifizieren“.

Selbst Marion Gräfin Dönhoff greift in einem Kommentar die Amerikaner an

Zu einem anderen Urteil fand dagegen Marion Gräfin Dönhoff in der *Zeit*: „Dass etwas mit jenen Prozessen nicht stimmt, zeigt schon die nicht abklingende Erregung, die diese Urteile in allen Kreisen der Bevölkerung auslösen.“ Es hätte sich kaum einer „träumen lassen, daß einmal der Tag kommen werde, an dem er sich veranlaßt sähe, für Kriegsverbrecher einzutreten.“ In ihrem Artikel aus dem Jahr 1951 schreibt sie weiter: „In der Tat sind gerade die Prozesse gegen die Generale und Soldaten besonders problematisch. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sämtliche Urteile gegen Offiziere der Wehrmacht anders ausfallen würden, wenn die Verfahren heute stattfänden.“

Historiker Raithel vertritt die These: „Die Hinrichtungen waren letztlich sogar kontraproduktiv, weil es dieses Opfergefühl massiv verstärkt hat. Man hat den Blick davor verschlossen, was das für Leute waren.“ Nach den Hinrichtungen der letzten sieben Kriegsverbrecher 1951 haben die Amerikaner dann rasch Milde walten lassen. „Die Bundesrepublik war als Bündnispartner wichtig. Man hat bis 1958 die Inhaftierten schnell aus Landsberg entlassen, selbst jene, die massive Verbrechen begangen hatten.“

Die letzten vier von insgesamt 1544 in Landsberg inhaftierten Kriegsverbrechern – Martin Sandberger, Adolf Ott, Ernst Biederstein und Otto Brinkmann – wurden ohne besondere Auflagen entlassen. „Das ist aus heutiger Sicht schwer nachzuvollziehen: sowohl dieses Solidaritätsgefühl als auch diese Milde“, meint Historiker Raithel.

Für Manfred Deiler zeigt sich in der öffentlichen und damals auch veröffentlichten Meinung jene Art von Schuldabwehr, wie sie im Deutschland der Nachkriegsjahre weitverbreitet war: „Für viele Menschen waren die Amerikaner immer noch Besatzer, auch wenn die Bundesrepublik schon gegründet war.“

Für engagierte Landsberger wie den Gedenkstättenleiter Manfred Deiler ist dieser Zeitgeist auch nach 70 Jahren längst nicht Geschichte. Diese Einstellung werde heute etwa gegenüber Flüchtlingen deutlich. „Die AfD macht mit der gleichen Thematik wie damals Stimmung. Jetzt kommen Wortschöpfungen zutage wie Vervolkung. Man benutzt wieder alte Begriffe, die funktionieren noch immer. Es ist der gleiche Mechanismus. Auch heute behaupten manche, dass sie das Volk sind und gehen dafür auf die Straße.“